

LESEROBMANN

Kurz mal getextet



REINHARD OLDEHEWE
TELEFON: 0371 656-65666 (10-12 Uhr)
TELEFAX: 0371 656-17041
E-MAIL: leserobmann@freiepresse.de

Diesmal geht es mir um ein Phänomen, jedenfalls möchte ich es so bezeichnen, das mir tagtäglich begegnet, also ein fester Bestandteil meiner Arbeitsabläufe ist, für das ich aber weder eine einleuchtende Erklärung habe, noch dass ich abschließend weiß, wie ich damit umgehen soll. Darum geht es:

Jeden Tag erreichen mich bis zu zehn Mails von Leuten, die mir (oft eher kurz und in wenigen Sätzen) ihre Meinung zu einem Thema mitteilen, ohne dass sie mir erklären, warum sie das tun und was ich mit dieser Stellungnahme machen soll. Wenn überhaupt, dann lese ich am Ende einen Namen, wobei ich oft nur vermuten kann, ob es ein echter ist, während weitere Informationen wie Wohnort, Adresse oder Telefonnummer so gut wie immer fehlen und die Mailadresse häufig eine wenig aufschlussreiche ist.

Wenn ich auch nur vom Ansatz her davon ausgehe, es könnte sich um einen Leserbrief handeln, weil es um ein Thema geht, das gerade kontrovers diskutiert wird, bestätige ich den Eingang und frage nach den Kontaktdaten, weil sonst ein Abdruck nicht erlaubt ist. Eine Antwort bekomme ich aber so gut wie nie. Die Liste der Absender solcher Mails, die ich deswegen gar nicht mehr anschreibe, weil ich weiß, dass sie mein Anliegen ignorieren, enthält mittlerweile mehr als 30 Kontakte. Also sollte ich mich fragen: Warum schicken diese Leute mir ihre Nachrichten? Bin ich vielleicht einer von hunderten Adressaten in ihren Verteilern? Hauptsache, viele Leute lesen, was sie denken? Soll ich ihre Texte weiterleiten, aber an wen?

Nun gehe ich davon aus, dass diese Leute wissen, dass es im Internet eine Vielzahl an Foren und Plattformen gibt, die ihnen die Möglichkeit verschaffen, mit anderen Zeitgenossen zu diskutieren und Meinungen auszutauschen. Dass sie das Netz und vor allem die sozialen Medien dafür nicht nutzen und nur mir beziehungsweise uns schreiben, halte ich für höchst unwahrscheinlich, eigentlich für unmöglich. Aber was unterscheidet diesen Weg, mir (als Vertreter der Zeitung) ihre Meinung anzuvertrauen, von diesen Portalen? Ich weiß es wirklich nicht.

Sollte jetzt der Eindruck entstanden sein, ich würde mich ärgern wegen solcher Nachrichten mit kurzen Standpunkten, so versichere ich, dass das nicht der Fall ist. Manchmal sind die Meinungen heftig, schwer zu verdauen und grenzwertig bei der Wortwahl und den Formulierungen, aber das verkrafte ich gut, ich bin mittlerweile hart im Nehmen. Letztendlich gefällt mir sogar die Vorstellung, auch wenn sie meine Unwissenheit nicht beseitigt, dass die Absender solcher Mails einfach nur Freude daran haben oder sich hinterher etwas besser fühlen, wenn sie sich häufiger mal das eine oder andere von der Seele schreiben dürfen und es den unendlichen Weiten des Internets anvertrauen können. „Gut, dass wir mal darüber gesprochen haben“, sage ich oft am Telefon. Vielleicht sollte ich diesen Leuten immer kurz antworten: Gut, dass Sie das mal loswerden durften. Ob ihnen das gefallen würde?

HINWEIS

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinnwahrend zu bearbeiten. Leserbriefe geben stets die Meinung ihres Verfassers und nicht die der Redaktion wieder. E-Mails müssen die vollständige Adresse enthalten. Anonyme Zuschriften werden grundsätzlich nicht veröffentlicht.

Droht Gesellschaft der Verfall?

Zum Teil heftige Kritik von Lesern gibt es an der Art und Weise, wie sich die Bundesregierung der Energiekrise entgegenstellen und die Bürger vor den Folgen schützen will.

Bürger gezielt entlasten

(...) Am Ende müssten doch unsere Politiker, um Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, wofür sie auch gewählt wurden, schon längst über die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 nachdenken und sich über die oft erwähnte Bringschuld gegenüber der Ukraine, für „Frieden schaffen ohne Waffen“ entscheiden und humanitäre Hilfe in den Vordergrund stellen, was die Aufnahme von fast einer Million Ukrainer schon manifestiert. Am Ende ist die Gefahr des Verfalls unserer Gesellschaft doch nicht mehr ausgeschlossen, ohne gezielt eingesetzte Entlastung der Bürger.

Reiner Kaiser, Oelsnitz/V.

Ohne politisches Geplänkel

(...) Unsere Politiker in Berlin sollen endlich anfangen, entsprechend ihrem Wählerauftrag, alles zum Wohl des deutschen Volkes zu tun, und nicht Milliarden verschleudern. Ich bin dafür, sofort Nord Stream 2 zu öffnen, einen Energiemix von Wärme- und Kernkraft, Solar- und Windkraft, ebenso wie Wasserkraft und weitere neue moderne Methoden der Energiegewinnung zu nutzen – ohne politisches Geplänkel. Und ich bin gegen Fracking von Gas, egal wo es herkommt.

Stephan Glöck, Grünhainichen

Betrug am Verbraucher

Man wundert sich bei der Gasumlage als Bürger eines sozial-marktwirtschaftlich orientierten Landes, das unternehmerische Risiko von Energiekonzernen plötzlich mittragen zu müssen. Der in den letzten Jahren viel gepriesene, aber wohl nicht ganz ernst gemeinte Ruf nach Solidarität würde es auch verlangen, dass er in guten Zeiten an deren Gewinnen beteiligt wird. Private Aneignung von Gewinnen und Vergeßenschaft von Verlusten – ein Grundwiderspruch im Kapitalismus. Zeitweilige staatliche Beteiligung wie oftmals praktiziert, Kreditvergaben oder geordnete Insolvenzen hätten nach Meinung von Ökonomen auch ihren Zweck erfüllen können. Dem Bürger in die Tasche zu greifen, der am wenigsten für die Folgen einer fehlgeschlagenen Energiepolitik verantwortlich gemacht



Die Versorgung ist ungewiss, fest steht aber: Die Preise für Erdgas steigen um ein Vielfaches. FOTO: SEBASTIAN WILLNOW/DPA

werden kann, ist für Politiker offenbar die geläufigste und beliebteste, nichtsdestoweniger schäbigste Methode. Was hier organisiert wird, ist Betrug am Verbraucher. Er soll unter anderem für das Missmanagement in der Politik unverschuldet haften und bluten.

Klaus Pagenkopf, Werdau

Eigene Gedanken dazu machen

Auf der Titelseite wird der großzügige Plan unserer Regierung zur Senkung der Mehrwertsteuer auf Gas vorgestellt. Mir stellt sich die Frage, wie man von Entlastung der Gaskunden sprechen kann, obwohl diese trotz eventueller Steuersenkung um ein Mehrfaches belastet werden. Ein paar Seiten weiter ist der Artikel „Deutlich mehr Strom aus Gas erzeugt“ zu lesen; 13,5 Prozent mehr erzeugte Strommenge aus Gas im Monat Juli, habe die Bundesnetzagentur mitgeteilt. Ganz nebenbei erfährt man, dass auch im Mai dieses Jahres die erzeugte Strommenge aus Gas über dem Wert des Vorjahres lag. Als Grund wird die erhöhte Stromnachfrage aus Frankreich und der Schweiz genannt. Und dies erfolgt in einer Zeit, in der der Bürger und Firmen dieses Landes zur Einsparung von Gas aufgerufen werden und darüber nachgedacht wird, in Kindergärten das warme Wasser abzustellen. Ich erspare mir hier eine weitere Kommentierung, da diese mit großer Wahrscheinlichkeit unsachlich ausfallen würde. Es sollte sich aber

jeder Leser seine eigenen Gedanken dazu machen.

Klaus Friedrich, Glauchau

Tiefere Begründung

Zum Beitrag „Kubicki eckt mit Forderung zu Pipeline an“: Der einzig logische, sinnvolle und längst überfällige Schritt, Nord Stream 2 endlich in Betrieb zu nehmen, wird natürlich (fast) einstimmig abgelehnt. Sonst würde das große Geschäft der amerikanischen Lieferanten mit dem umweltzerstörerischen Frackinggas platzen. Und der ganze Ukrainekrieg hätte seine tiefere Begründung verloren. Das ist eine sehr große Schleife, ja: keine Gasverknappung mehr, damit Preise wieder runter, keine Begründung mehr für Zukunftsangst, die unsere Medien gegenwärtig viel zu stark füllt. Sanktionen sollten endlich auf dasselbe Maß zurückgefahren werden, wie sie bei allen amerikanischen Kriegen waren, nämlich auf null. Von Kriegsfinanzierung durch Handel mit Russland zu reden, ist nicht ehrlich. Dann hätten wir alle Kriege auf dieser Welt mitfinanzieren.

Peter Krull, Oberlungwitz

In Ruin führendes Handeln

Es ist ein absolutes Armutszeugnis für die deutsche und EU-Politik, wenn wir nur noch Angst vor der Zukunft haben müssen. Die Sorge um das Leben unserer Kinder und Enkelkinder treibt uns dabei noch um. Ich habe damals der DDR-Spitze

vorgeworfen, dass diese keine Ahnung hat, wie es dem Volk geht und was das Volk bewegt. Und heute? Stoßen wir nicht auf taube Ohren, wenn wir Politiker mit unseren Problemen konfrontieren? Das Volk und dessen Befinden interessiert doch schon lange nicht mehr. Erst muss es dem Kapital bestens gehen, denn dort gibt es doch reichlich Belohnung. Wie sonst könnte ich Sanktionen gegen Russland mittragen, wenn ich weiß, dass dies gravierende Folgen haben wird? Das ist das in den Ruin führende Handeln deutscher und EU-Politik. Erst etwas beschließen, dann später erst merken, was alles nicht bedacht worden ist. Warten wir den Herbst ab. Des Volkes Zorn wird die Regierung hören und spüren. Hoffentlich ist man dann nicht völlig überrascht.

Peter Drust, Plauen

Noch lange nicht das Ende

Es war wie in einem schlechten Film, als die Höhe der Gasumlage bekannt gegeben wurde, denn wie die Leute, die jetzt schon jeden Cent umdrehen müssen, das bezahlen sollen, ist denen in der Regierung offenbar egal. Wo sind wir nur hingekommen? Statt schlaue Reden zu schwingen, sollte man sich lieber überlegen, wie alle Bürger entlastet werden, sonst können wir uns alle bald vom Wohlstand verabschieden. Das wird noch lange nicht das Ende der Fahnenstange sein.

Karola Becher, Schneeberg

Aufräumen von oben nach unten

Zu Berichten und Kommentaren über die Affäre um die RBB-Intendantin Patricia Schlesinger:

Zur Beobachtung verpflichtet

Krise der RBB-Intendantin, ARD-Krise oder Krise der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten: Es werden Defizite im Inneren dieser Selbstverwaltungskörperschaften offenbar. Vom Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Erhöhung der Rundfunkbeiträge und zur begründeten politischen Verweigerungshaltung eines kritischen ostdeutschen Ministerpräsidenten ging ein gefährliches politisches Signal aus: Nicht jede Kritik an den Anstalten, ihrer Mittel-Verteilung und -Verwendung darf als Angriff auf die Rundfunkfreiheiten gewertet werden. Die Gremien dürfen nicht länger als senderabhängige oder politische Steuerungsorgane wahrgenommen werden. Sie haben die Intendanten zu beraten und die Einhaltung der Gesetze und Programmgrundsätze zu kontrollieren – sind somit zur Programmbeobachtung verpflichtet. Es hat somit bereits ein Geschmäcke, wenn die ARD-Chefs und eine Gremienvorsitzenden-Konferenz den Gremien anstelle Programmbeobachtung lediglich die Funktion einer Aufsichtsbehörde zuweisen, die über Programmbeschwerden der Zuschauer entscheidet. (...) Es ist wichtig, Unabhängigkeit und Kompetenzen der Gremien als Vertreter der Allgemeinheit zu stärken (Zurückgetretene zu feuern, reicht nicht), Kontrollstrukturen und Kontrollabläufe im Öffentlich-Rechtlichen sollten mindestens auf das Niveau bei Printmedien, im Privaten erhöht werden. (...)

Ralph Liebig, Chemnitz

Gruselige Vorstellung

Die Vorwürfe an Schlesinger werden wieder dazu führen, das System öffentlich-rechtlicher Rundfunk, finanziert durch Zwangsgebühren, in Frage zu stellen. (...) Doch stellen wir uns einen Moment vor, es gäbe ausschließlich die quotengetriebenen, weil werbefinanzierten Privatsender. Der Volksverdummung mit billigen US-Serien, Casting-, Ranking- und Clipshows oder Reality-Unsinn, nur unterbrochen von Werbung, wäre nichts entgegengesetzt. Diese Vorstellung ist so gruselig, dass man nur hoffen kann, dass der Fall Schlesinger dazu führt, dass bei ARD und ZDF endlich aufgeräumt wird. Und zwar von oben nach unten. Mit dem Thema Beitragshöhung brauchen die Herrschaften in den nächsten Jahren jedenfalls nicht mehr zu kommen.

Uwe Polster, Limbach-Oberfrohna

Man muss aber selbst zu Verhandlungen bereit sein

Mit dieser Auswahl von Auszügen aus Leserbriefen geht die Debatte um die mögliche Beendigung des Krieges weiter.

Krieg schnellstmöglich beenden

(...) Ein Fortbestand des Wirtschafts- und Industriestandortes Deutschland ist nicht mehr gesichert. Die Antwort des Westens können deshalb nicht nur weitere Sanktionen mit negativen Rückwirkungen und die Lieferung von noch mehr Waffen einschließlich Angriffswaffen an die Ukraine sein, um das unrealistische, von der ukrainischen Führung ausgegebene Ziel der Rückeroberung sämtlicher Gebiete zu erreichen. Auch der ukrainischen Führung muss klargemacht werden, dass eine unbegrenzte und bedingungslose Unterstützung nicht erfolgen kann. Offensichtlich haben

weder Russland noch die Ukraine Interesse an einer sofortigen Beendigung des Krieges. Dies gilt auch für die USA, die die Möglichkeit sehen, Russland politisch, militärisch und wirtschaftlich dauerhaft zu lähmen. Sie können ihren Einfluss in Europa noch weiter ausbauen, ungeahnte Rüstungsexporte realisieren und teures und umweltschädliches Frackinggas nach Westeuropa liefern. Es sind deshalb alle Bemühungen zu unterstützen, die Kriegsparteien zu Verhandlungen zu bewegen. Ziel muss sein, den Krieg schnellstmöglich zu beenden und zu einem Essensausgleich zwischen der Ukraine und Russland einschließlich des Status des Donbass zu kommen. (...)

Bernd Schlegel, Chemnitz

Andere Meinungen notwendig

Man kann sich nur an den Kopf fassen, wenn man die Argumente von Dulig und anderen gegen die Meinung Kretschmers liest oder hört. Man soll die Außenpolitik Profis



Eine eindeutige Botschaft.

FOTO: ROLAND WEIHRAU/DPA

überlassen. Ja, wer oder wo sind denn diese Profis? Außenministerin Baerbock oder ihr Vorgänger Maas? Seit Jahren hatte und hat Deutschland keine Außenpolitiker mehr, geschweige denn Profis. Und was diese angerichtet haben, zeigen das Beispiel Afghanistan, die Zustände in Mali und Europa und die sich zuspitzende Situation um Taiwan. Schlimm auch das Argument, dass

man nicht verhandeln kann, wenn es dafür keine Voraussetzungen gebe. Ja, wenn man selber zu Verhandlungen nicht bereit ist, wird es auch nie eine Basis für Verhandlungen geben. Und dass dies so ist, beweist man auch daran, dass man Selenskyj zielgerichtet erklärt, dass er kurz vor einem Sieg über Russland steht. Man muss und sollte zum Krieg keine unterschiedliche Meinung haben, aber zu seiner Entstehung und insbesondere zu seiner Beendigung sind zwingend andere Meinungen als die von unseren „Profis“ notwendig.

Dietmar Sobottka, Chemnitz

Bundeskanzler ist gefordert

Dulig irrt gewaltig, wenn er sagt, Verhandlungen gebe es nur, wenn die Kriegsparteien bereit sind. Amerika unterstützt die Ukraine mit Kriegsgerät und Milliarden Dollars. Da sollte schon ein Mitspracherecht drin sein. Wenn die Grünen dem Ministerpräsidenten „außenpolitische Ahnungslosigkeit“ attestieren, dann

wagt man als Bürger ja kaum noch, den Mund aufzumachen. Trotzdem betone ich, dass viele Bürger die Position des Ministerpräsidenten teilen und ein schnelles Ende des furchtbaren Krieges erhoffen. Ernsthafte Gespräche und Begegnungen bilden da die Voraussetzung. Aktuell erledigt das allein der türkische Präsident. Aber er erzielt erste Erfolge, und das macht Hoffnung. Außenministerin Baerbock hält sich da ganz stark zurück. Die immer mal wieder angeordnete Führungsrolle für Deutschland reduziert sich hoffentlich nicht nur auf Waffenlieferungen. Friedensstiftende Aktivitäten würden einer Außenministerin von den Grünen gut zu Gesicht stehen. Aber ihr Auftritt in Bali sprach Bände. Tage vor dem Abflug konnte man schon lesen: Es wird kein Gespräch mit dem russischen Außenminister Lawrow geben. Ist das der Stil unserer obersten Diplomatin? Der deutsche Bundeskanzler ist gefordert.

Frank Bihra, Chemnitz